

Spangenberger Zeitung.

Zeitung für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Fernsprecher Nr. 27

Teleg. Abt.: Zeitung.

Geöffnet wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend aus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der heitere Altag“, „Praktisches Wissen für Alle“, „Unterhaltungsblätter“, durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Am Halle höherer Gewalt wird kein Schadenloch geleitet.



Zeitung werden die schmalen Zeilen im hohen Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entsprechendes Rabatt. Beilagen kosten pro Zeile 10 Pf. Verbindlichkeit für Woch. Datenwurk und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmegerüste für Öffentl. und Auskunft beträgt 15 Pf. Zeitungsbeiträgen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postcheckkonto Frankfurt am Main Nr. 20711

Spangenberg

Mr. 126

25. Jahrgang.

Donnerstag, den 20. Oktober 1932

10 Millionen für Härtenausgleich

Erhöhte Arbeitslosenunterstützung im Winter / Mehrleistungen in der Krankenversicherung
Milderungen in der Rentenversicherung

Steuerabbau notwendig

Berlin, 20. Oktober.

Es hat in den vergangenen Jahren wohl kaum eine Regelung in Deutschland gegeben, die nicht ihre Täglichkeit mit verbreiteten, dem Volke keine neuen Steuern mehr aufzutragen, begonnen hätte. Wie man auch das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen im einzelnen beurteilt, die Anerkennung kann man ihr nicht verleihen, daß sie versprochen, das der Kanzler in seiner programmatischen Erklärung vom 4. Juni abgab, gehalten und dem Volke in der Erkenntnis der konjunkturpolitischen Funktionen, einer zweckmäßigen Handhabung des Finanzpolitik innergenommen, eine Senkung der Gesamtsteuer zu erwarten. In Ausicht genommen und den Steuerpflichtigen einen rechtlich gestützten Anspruch auf eine in den Jahren 1934 bis 1938 wirklich werdende Verminderung ihrer Steuerlast um anderthalb bis zwei Milliarden zugestellt. Die Steuerzahler sind nichts anderes als die Verbreitung der Steuerpflichtigen eingeräumten Ansprüche, an einer späten Steuerentlastung teilzuhaben.

Das ist zweifellos ein erfreuliches Bekenntnis zu dem Prinzip, daß eine Verminderung der öffentlichen Lasten die wichtigste Voraussetzung für die wirtschaftliche Wiederbelebung wie auch für eine Befreiung der einer Entstaltung der wirtschaftlichen Kräfte entgegenstehenden psychologischen Hemmungen bildet.

Von Löhnen und Gehältern beansprucht in Deutschland der öffentliche Hand in Form von Steuern und Sozialabgaben in Höhe, in den untersten Einkommensstufen 20 bis 25 Prozent des jährlichen Reineinkommens und fordert in den höheren Einkommensstufen für sich nicht weniger als 35 Prozent. In Frankreich dagegen sind die unteren Einkommensstufen mit 6 bis 8 Prozent, in Großbritannien mit 8 bis 10 Prozent belastet, während von einem Jahreseinkommen von 50.000 RM. in Frankreich 20 Prozent, in England etwa 12 Prozent an den Fisus abzuführen sind. Nach Krämer sind die Unterschiede in der Belastung bei der Besteuerung der wirtschaftlichen Gemeinde: In Deutschland beläuft sich die Gewinnbesteuerung bei Einzelfirmen auf 53,44 bis 75,44 Prozent und bei Aktiengesellschaften sogar auf 62,67 bis 82,40 Prozent des Gewinnes, während die entsprechenden Ziffern in Frankreich 37,54 und 53,64, für England 13,07 und 17,70 Prozent lauten.

Auch dieser Vergleich zeigt also, wie sehr Deutschland im Konkurrenzkampf mit dem Ausland vorbehält und wie dringend notwendig eine Verminderung der Steuern ist. Allerdings wäre es noch besser gewesen, wenn die Regierung es hätte ermöglichen können, die für spätere Jahre in Aussicht gestellte Steuerentlastung bereits unverzüglich in Aussicht zu lassen. Bei einer Verwendung der Steuerentlastung als Kreditlinienlage wird dieses in Betracht der niedrigen Beliehngsgrenze nur teilweise erreicht. Weiter wurde es in Wirtschaftstreinen als unzureichend bezeichnet, wenn die Regierung den Gesamtvertrag der Steuerentlastung wesentlich höher beziffert hätte, als tatsächlich geschehen ist.

Die Verwendung der Steuergutscheine in den Jahren 34-35 bedeutet eine jährliche Steuerentlastung von 300 bis 500 Millionen Mark, während auf Grund der ersten Neuverteilungen kaum geringer, wenn nicht sogar wesentlich höhere Beiträge an öffentlichen Unterstützungen eingesperrt werden sollen. Die in Aussicht genommenen Steuerentlastungen werden also durch die Ausgabenersparnisse, bei den amtlichen Unterstützungssets nicht nur ausgeglichen, sondern unter Umständen sogar übertroffen.

Argentivelle sonstigen Ersparnisse, die durch die am Ende große Verwaltungsreform und andere Ausgabenentlastungen erzielt werden könnten, sind in dem Steuerentlastungsprogramm der Reichsregierung ebenfalls, wie die in einer Wirtschaftsbelastung in Aussicht stehenden steuerlichen Mehreinnahmen berücksichtigt worden. Ersparnisse der Verwaltungsreform erwartet man aber nicht mit Sicherheit, zumal auch Dr. Bracht noch vor kurzem bei einer Verteilung der bisher von ihm durchgeführten Maßnahmen zur Verwaltungsreform festgestellt, daß sich schon jetzt ganz erhebliche Ersparnisse ergeben werden. Eine Ausdehnung der Verwaltungsreform auf das gesamte Reich, wie sie nach einer Befestigung des Deutschen Reichs-Preußen unerlässlich ist, müßte also die Ersparnisse in den öffentlichen Haushalten wesentlich verstärken. Es muß deshalb auch erwartet werden, daß sich die Reichsregierung nicht etwa mit der jetzt in Aussicht genommenen Steuerentlastung begnügen sondern neben dem Vorwurf durch die Steuergutscheine noch eine erste und mindestens gleich umfangreiche Steuerentlastung vornehmen wird.

Wenn im übrigen als Anfangspunkte der Steuerminde rung gerade die produktionshemmenden Steuern gewählt sind, so wird man diese Maßnahme nur begründen können. Es kommt in der Tat vor allem darauf an, die Kaufkraft der Wirtschaft durch Entlastung ihres Unkontrollierbaren, auf dem die Umsatzsteuer wie auch die Zölle eine besonders wichtige Rolle spielen, wieder zu stärken und den Betrieben die durchweg verlorene gegangene Rentabilität wiederzugeben. Diesem Ziele müssen zunächst die durchaus berechtigten Wünsche nach einem Absatz der gleichfalls überhöhten Personalkosten untergeordnet werden.

hoffentlich schreitet die Regierung auf dem eingeschlagenen Wege der Steuerminderung entschlossen fort, die nur so die entschlossene Voraussetzung für den Wieder aufstieg geschaffen werden können. Allerdings werden dabei noch manche Hemmungen und Schwierigkeiten zu überwinden sein.

Soziale Aufbesserungen

Veröffentlichung der Verordnung zur Ergänzung der Sozialleistungen

Berlin, 20. Oktober.

Die angekündigte Verordnung zur Ergänzung der sozialen Leistungen ist nunmehr veröffentlicht worden. Die Verordnung ist vom Reichskanzler von Papen unterzeichnet und röhrt sich auf die am 4. September vom Reichspräsidenten erteilte Ermächtigung. Die Gesamtaufwendungen dieser Verordnung belaufen sich auf jährlich rund 70 Millionen Reichsmark.

Über den Inhalt der neuen Verordnung wird eine amtliche Mitteilung veröffentlicht, in der es u.a. heißt:

Arbeitslosen-Zulage zwischen 2 und 4 RM

Die Verordnung bringt an erster Stelle eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung für den bevorstehenden Winter. Arbeitslose, die in der Zeit vom 31. Oktober 1932, bis zum 1. April 1933 versicherungsmäßige Unterstützung oder Kriegerunterstützung nach den Lohnklassen I bis VI mit mindestens einem Familienzuschlag beziehen, erhalten zu der Unterstützung eine wöchentliche Zulage. Die Zulage beträgt, und zwar ohne Unterscheidung nach Lohn- und Ortsklassen, für je sechs Unterstützungsstage bei Arbeitslosen mit einem oder zwei zulassungsberechtigten Angehörigen zwei Reichsmark; sie erhöht sich bei drei oder vier Angehörigen auf 3 Reichsmark und bei mehr als vier Angehörigen auf 5 Reichsmark.

Arbeitslose, die einer höheren Lohnklasse als VI angehören, erhalten die Zulage, wenn ihr bisheriger Unterstützungsplatz den Satz der Klasse VI einschließlich der Zulage nicht erreicht; als Zulage wird in diesem Falle der Unterschiedsbetrag gewährt. Besonders wichtig ist, daß die Zulage bei der Prüfung der Hilfsleistungsfähigkeit für die versicherungsmäßige Unterstützung und Kriegerunterstützung außer Betracht bleibt.

Besserung der Ortsklasseneinteilung

Die Verordnung befreit ferner Schwierigkeiten und Härten, die sich aus der Ortsklasseneinteilung der Verordnung vom 14. Juni ergaben. Künftig werden alle Orte, die mehr als 50.000 Einwohner haben, der sogenannten Sonderklasse oder der Ortsklasse A zugerechnet. Bisher waren für die Arbeitslosenunterstützung die Orte der Klasse B in zwei Gruppen geteilt, je nachdem sie mehr als 10.000 Einwohner oder weniger haben. Jetzt fällt die Teilung fort; in allen Orten der Klasse B beträgt die Unterstützung künftig so viel, wie sie bisher nur in den Orten mit mehr als 10.000 Einwohnern betrug.

Die Reichsregierung war im Sommer dieses Jahres wegen der trostlosen finanziellen Lage des Versicherungs trägers zu starken Einschränkungen in der Arbeitslosenunterstützung gezwungen. Sie hat damals die harten Maßnahmen nicht vermeiden können, sie begrüßt es, daß jetzt in gewissem Umfang die Möglichkeit geboten ist, die Leistungen zu er gänzen.

Durch die neuen Maßnahmen fließen den Arbeitslosen monatlich 10 Millionen RM. mehr zu als bisher. Die Reichsregierung beobachtigt, in dieser Hinsicht noch mehr zu tun, sobald die finanzielle Lage es zuläßt.

Die neue Verordnung enthält eine weitere Vorchrift, wonach zum Ausgleich von Härten, die sich in besonderen Fällen aus der Bemessung der Arbeitslosenunterstützung nach Ortsklassen und Gemeindegrößen in der Zeit vom 31. Oktober 1932 bis zum 1. April 1933 ergeben, aus den Mitteln der Reichs aufsicht für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ein Betrag bis zur Höhe von acht Millionen RM. verwendet werden kann.

In der Krankenversicherung

hat die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 sämtliche Mehrleistungen befeiligt. Die Wiedergemäßigung war nur zulässig, wenn der höchste Beitrag bestimmte Grenzen (im allgemeinen 5 v. h. des Grundlohnes) nicht übersteigt.

Die neue Verordnung läßt in beschränktem Umfang Mehrleistungen zugunsten der Angehörigen der Versicherten auch bei Übersteigen des Höchstbetrages wieder zu. Es soll gestattet sein, Krankenhauspflege für Familienangehörige oder einen Zuschuß an Stelle der Krankenhauspflege zu gewähren, ferner das Hausgeld zu erhöhen, das bei Aufnahme eines Versicherten in das Krankenhaus für seine Familie zu zahlen ist. Beitrags erhöhungen dafür werden im allgemeinen nicht notwendig sein.

Neue Rentenkürzung für neuere Unfälle

Die Notverordnung vom 14. Juni 1932 mindert alle Unfälle, auch die Renten für Unfälle der Gegenwart und Zukunft. Die neue Verordnung der Reichsregierung schreibt vor, daß die Renten für Unfälle, die sich nach dem 31. Dezember 1931 ereignen, nicht mehr gefürchtet werden. Die Renten richten sich bei diesen Unfällen wieder lediglich nach dem Jahrarbeitsverdienst. Ferner sieht die neue Verordnung

Milderung der Kriegsopferrenten

vor. Nach der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 bleiben von den auf die Sozialrenten angerechnenden Verpflichtungen bis zu 25 RM. im Monat von der Anrechnung frei, soweit es sich um Renten handelt, die vor dem 1. Januar 1932 festgestellt sind. Diese Freigrenze soll nach der neuen Verordnung auch für die nach dem Stichtag festgestellten Renten gelten.

An einem Beispiel erläutert bedeutet das: Besteht jemand eine Kriegsrente in Höhe von 50 RM. und erhält eine Invalidenrente von 40 RM. so war nach dem bislangigen Recht der Anspruch aus der Invalidenrente bereits durch die Kriegsopferrente gedeckt. Wenn nun eine Freigrenze von 25 RM. eingeführt wird, so muß künftig aus der Invalidenrente noch ein Betrag von 15 RM. gezahlt werden.

Schon die Notverordnung vom 14. Juni 1932 hatte in Aussicht genommen, daß in der Rentenversicherung für die Selbstverwaltung die Möglichkeit geschaffen werden sollte, die gesetzlichen Regelleistungen durch Mehrleistungen zu ergänzen. Zur Ausführung dieser Vorrichtung trifft die neue Verordnung die nötigen Bestimmungen. Danach wird die wiederrichtige Gewährung von Mehrleistungen durch die Selbstverwaltung allgemein zugelassen.

Neben die Mehrleistungen bestimmt die Satzung. Sie bedarf aber der Zustimmung der Aufsichtsbehörde. Es wird auf Grund der neuen Vorchriften namentlich der Angestelltenversicherung die Erfüllung ihres Wunsches möglich sein, die Gewährung von Waisenrenten und Kinderzuschüssen über das 15. Lebensjahr hinaus fortzuführen. Die Einführung von Mehrleistungen ist unzulässig, wenn sie die Deckung der Regelleistungen gefährdet.

Die Invalidenversicherung wird daher leider an die Einführung von Mehrleistungen zur Zeit noch nicht denken können. Auch hier kann sich aber die Lage ändern, wenn die finanziellen Unterlagen der Invalidenversicherung in Ordnung gebracht sind.

Die Mehraufwendungen

Um einzelnen betragen die Mehraufwendungen in der Arbeitslosenhilfe zehn Millionen Mark monatlich, also für die Zeit vom 31. Oktober 1932 bis zum 31. März 1933 50 Millionen Mark. Die Verbesserung der Unfallrente bestätigt sich auf jährlich vier Millionen Mark. Der Mehrschädigtenrente zur Invalidenrente beläuft sich im ersten Jahre auf rund eine Million Mark. Die Verbesserung der Kriegsbeschädigtenrente befasst sich in ihrer Auswirkung auf 10 bis 11 Millionen Mark.

Die Erklärung der neuen Verordnung erläuterte Staatssekretär Grieser vom Reichsarbeitsministerium vor Beauftragten, die Verordnung halte den Mittelpunkt, denn sie sei sowohl nach wirtschaftlichen als nach sozialen Gesichtspunkten verfaßt worden.

Was die Milderungen bezüglich der Kriegsopferrente angeht, so sei es der besondere Wunsch des Reichspräsidenten gewesen, daß die Kriegsopfer von gewissen Hemmungen rechtsmäßiger und verwaltungsmäßiger Art befreit werden sollen.

Bei den Kommunalwahlen läuft die Verwaltung, wie Staatssekretär Gräfle weiter erklärte, die Aufsicht wachten, die den Kreisgouvernern zufolge. Das gelte insbesondere für die Kapitalabschöpfung bei Zwangsversteigerung von Grundstücken u. v.

Wahlabkommen DRVP - DVP erneuert

— Berlin, 20. Oktober.

Das technische Abkommen zwischen der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Volksfront über die Reichsliste für die Wahlen vom 6. November unverändert erneuert worden. Das Abkommen führt die Reichsliste der Volkspartei der deutschnationalen Reichsliste zu, wofür der Volkspartei auf der Reichsliste der Deutschnationalen acht Sitze zugestanden werden.

Die volksparteiliche Reichsliste enthält folgende Namen: Dingeldey, Dr. Otto Hugo-Bachem, Frau Oberstudienrätin Dr. Else Mah, Botschaftsrat Morath, Bärmelbacher Schröder-Krebs, Direktor Dr. von Stauff, Bergmann Winnfeld-Wattenhöfel, Otto Reinhart (Württemberg).

Papen als Zeuge geladen

Bernehmung des früheren preußischen Ministerpräsidenten Braun.

— Berlin, 19. Oktober.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung des Klepper-Untersuchungsausschusses des Preußischen Landtags richtete Abgeordneter Steuer angesichts der Belegerung Kleppers, ihm direkt zu antworten, Fragen an den Vorsitzenden, die dieser dann dem Zeugen gegenüber wiederholte. Zur Übernahme eines Auktionspätsches der „Germania“ erklärte Dr. Klepper, die Übernahme sei erfolgt, um zu verhindern, daß der heutige Reichskanzler von Papen die Auktionsmehrheit erlangt. Auf die Frage, ob die Preußenklasse im Präsidentenwahlkampf einen Wahltausch unterstellt habe, verneigte der Zeuge die Antwort.

Nach der Aussage Kleppers beschloß der Ausschuss einstimmig auf nationalsozialistischen Antrag, den Reichskanzler von Papen und andere hohe Funktionäre des Reiches über die Beteiligung der Preußenklasse an der „Germania“ und die grundfältige Frage einer Beteiligung der öffentlichen Hand an Zeitungserneuerungen zu vernehmen. Wahrscheinlich wird die Vernehmung des Kanzlers am Donnerstag erfolgen.

Als zweiter Zeuge wurde in der Abendzeitung der frühere preußische Ministerpräsident Braun vernommen.

Ministerpräsident Braun sagte aus, er habe im vorliegenden Falle keinerlei politische Bedenken gegen die Hergabe der Mittel gehabt, vielmehr sei ihm die Sache aus staats- und grenzpolitischen Gründen sehr erwünscht gewesen. Das Plenum des Ministeriums habe sich nicht damit befasst. Als Braun gefragt wurde, ob er der Ansicht gewesen sei, daß die Hergabe solcher Mittel zu dem Aufgabentreis der Preußenklasse gehöre, erwiderte er ironisch, er habe angenommen, daß der Aufgabentreis der Preußenklasse sehr weit gezogen sei, da sie ja Millionen für den russischen Schwindler Uralzew ausgegeben habe. Davon, daß Gelder für die Präsidentenwahl ausgegeben worden seien, sei ihm nichts bekannt.

Staatsminister a. D. Hirschfelder sagte aus, er habe sich aus grenzpolitischen Gründen für die Angelegenheit entschieden.

Der Ausschuss beschloß dann noch, beim Staatsministerium vorstellig zu werden, damit Dr. Klepper Auslegungserlaubnis für die Frage nach der Hergabe von Geldern für den Präsidentenwahlkampf erhält.

Papen als Zeuge vernommen

Im Untersuchungsausschuss des Preußischen Landtags.

— Berlin, 20. Oktober.

Der Vorsitzende des Klepper-Untersuchungsausschusses des Preußischen Landtags eröffnete die neue Verhandlung mit der Mitteilung, daß Reichskanzler von Papen sich zur Zeugenausgabe erstellt hat.

Vor der Vernehmung des Kanzlers beschäftigte sich der Ausschuss nochmals mit der Beteiligung der Preußenklasse an der Görres-Haus-A.-G. in Köln. Konkurrenz-Maus, der dem Vorstand der Görres-Haus-A.-G. angehört, sagte aus, bei den Verhandlungen sei ausdrücklich vereinbart worden,

dah ein politischer Verrat auf die „Kölnische Volkszeitung“ nicht genommen werden dürfe. Dass die Preußenklasse das Geld gegeben habe, habe er nicht gewußt, das aber Interessen des Staates dahinter gestanden hätten, sei selbstverständlich gewesen. Das Unternehmen sei im übrigen so aufgebaute gewesen, daß es sich nach menschlichem Ermessens rezipieren müsste. Obwohl der Zeuge sich bereit erklärte, sofort den Eid zu leisten, wurde beschlossen, die Vereidigung vorläufig auszusetzen.

Nach weiteren Erörterungen begann dann die Vernehmung des

Reichskanzler von Papen

Auf die Frage, ob ihm bekannt gewesen sei, daß im Jahre 1930 Aktien der „Germania“ aufgekauft wurden, um zu verhindern, daß er die Mehrheit erlangt, sagte der Kanzler, er habe wohl von derartigen Berichten gehört. Gewissheit jedoch nicht erlangen können. Erst bei der Nachprüfung in der Preußenklasse sei dann festgestellt worden, daß Mittel für den Ankauf der „Germania“-Aktien verwendet worden seien. Das fragliche Patel sei früher im Besitz Dr. Spiekers gewesen.

Auf die Frage eines kommunistischen Abgeordneten, ob auch die neue Reichsregierung die Praxis der Beteiligung des Staates an Zeitungen fortsetze, erwiderte der Kanzler:

Außer den im Reichshaushalt ausdrücklich für solche Zwecke zur Verfügung stehenden Mitteln sind seltens der Reichsregierung, selten ich an der Spitze der Reichsregierung steht, für Zwecke der Pressebeeinflussung in legendärer Form feinerlei Mittel aufgewandt worden. Was die angebliche Unterstüzung oder Beteiligung des Reichsverkehrsministeriums an der „Täglichen Rundschau“ betrifft, so ist mit das nur aus der Presse bekannt, und ich bezweifle, daß irgendwelche Mittel des Reichsverkehrsministeriums hier verwandt worden sind.

Verlängerter Rückenausschnitt

Beilegung des Streits um die Badetkleidung in Preußen.

— Berlin, 20. Oktober.

Amtlich wird mitgeteilt:

Im preußischen Ministerium des Innern hat eine Verordnung mit den Vertretern der Badetanz-Industrie und des Textilhandels stattgefunden. Die Befreiung halb zu einer Einigung aller Beteiligten über die polizeilichen Anforderungen an eine zweimäßige und geschmackvolle Badetkleidung geführt, die dem sittlichen Empfinden der Bevölkerung entspricht. Damit sind die gegen den Erlass vom 28. September entstandenen Bedenken der beteiligten Wirtschaftskreise ausgeräumt.

Wie verlautet, sieht die jetzige Regelung die Verlängerung des Rückenausschnitts bis zur Gürtellinie vor.

Druckmaschine beschlagnahmt

— Berlin, 20. Oktober.

Auf Veranlassung des beauftragten Untersuchungsrichters des Reichsgerichts in Kassel erschienen Beamte der Berliner Polizei in der City-Druckerei im Karl-Liebknecht-Haus und beschlagnahmten die große Rotationsmaschine, auf die „Rote Fahne“ gedruckt wird. Als Begründung wird angegeben, daß durch Sachverständige festgestellt worden sei, daß diese Rotationsmaschine zur Herstellung von Druckschriften hochverratlerischen Inhalts benutzt worden sei.

Die Fürstenhochzeit in Coburg

Standesamtliche Trauung.

— Coburg, 20. Oktober.

Im Hornzimmer der Veste Coburg fand die standesamtliche Trauung des Prinzen Gustav Adolf von Schweden mit der Prinzessin Sibylle von Sachsen-Coburg und Gotha statt. Die Trauung wurde vom ersten Bürgermeister Schwedt in seiner Eigenschaft als oberster Standesbeamter unter Aufsicht eines zweiten Standesbeamten vorgenommen. Als Trauzeugen fungierten der Kronprinz von Schweden und der Herzog von Coburg. Weiter waren die Herzogin von Coburg, der Hochmästschall des Kronprinzen von Schweden, der Generalschöpftmästschall des Herzoglichen Hauses, der Preßattache der schwedischen Gesandtschaft in Berlin und der Leiter der Pressestelle des Herzogs bei der Trauung anwesend.

den Schleier den Vater, und er lächelte, so rührend hilflos, so dankbar und hingebungsvoll.

Darius war heimgesunken. „Seine Frau erwartete ihn. „Was ist . . . mit den Kindern?“ fragte sie hastig. „Dem kleinen Wolf geht es sehr schlecht! Da müssen wir aufs Schlammfeld gesieht sein.“

„Er ist schuld!“ stieß sie hervor. „Er ist schuld! Warum mußte er die Kinder mitnehmen? Ingrid wird dran denken!“ Ingrid wird den Gatten nie mehr verlassen!“ sagte Darius.

Frau Agnete starnte ihren Gatten an. „Sie . . . ist . . . wieder mit ihm zusammen? Sie bleibt bei ihm?“

„Ja! Es ist nicht geglättet, Frau!“ „Aber . . . sie kommen hier . . . zu uns?“

„Nein! Niemals mehr. Und wollten Sie kommen, ich würde Sie nicht dulden, denn . . . du könntest ja nicht anders sein! Du hastest Rainer, weil er Ingrid an sich leitete und nicht nach meinen Wünschen fragte. Eine Mutter muß verzichten lernen . . . das ist Schick!“

Frau Agnete antwortete nicht mehr.

Aber mitten in der Nacht weckte sie den Gatten.

„Was haft du, Frau?“

„Der kleine Wolf! Ich muß immer an ihn denken! Er stirbt . . . er stirbt! Ich will zu ihm!“

„Belebe hier! Willst du dort wieder Unfrieden schaffen?“ „Ich . . . den Jungen . . . ich bin doch seine Großmutter . . . ich lieb ihn doch . . . mein Herzchen! Mann, las uns morgen zusammenfahren! Ich . . . ich versprech dir alles! Ich will mich hineinfinden!“

„Gut, wir wollen morgen fahren!“

„Der kleine Wolf Markgraf befindet sich auf dem Wege der Besserung!“ meldeten Radio und Zeitungen.

Schulenburg ließ an diesem Tag wie ein fröhlicher Spring- und Tanz in der Funkstunde herum.

Seine gute Laune war so blendend, daß sogar seine Widersacher verblüfft gestanden wurden.

Wie immer in solchen glücklichen Momenten, trieb es den Intendanten zu seinem Freund, dem alten „jungen“ Doktor Seeliger.

Er riss die Tür zu seinem Zimmer umgestimmt auf und rief hinein: „Doktor, was ist doch heute in einem Sonnenstag!“

„Doch!“

„Das auch! Ach, Doktorchen, das meine ich nicht! Der

Reichsbahn schafft Arbeit

Ab schluss der Verhandlungen. — Die Finanzierung des 280-Millionen-Programms.

Berlin, 20. Oktober. Die Reichsbahn hat nunmehr die Verhandlungen über die Finanzierung ihres Arbeitsbeschaffungsprogramms über 280 Millionen RM beendet. Dieses Programm bewirkt Sicherung auf, daß der Reichsbahn rd. 180 Millionen RM Steuern und so, daß sie weitere 100 Millionen RM ihre eigener Mittel angewandt werden soll.

Bei der Finanzierung ist davon davon ausgegangen, daß die Steuerguthaben nicht an die Börse gebracht werden sollen. Dadurch wird gewährleistet, daß die Börse auch wirklich der Arbeitsbeschaffung dienstbar gemacht werden kann. Die Zwischenzeit bis zur Fälligkeit der Steuern guthaben wird überbrückt werden mit Hilfe der Steuern. 8. Oktober 1932 neu errichteten Reichsbahn-Betriebs-Gesellschaften, deren Kapital 10 Millionen RM beträgt, auf das sofort 25 Prozent eingestellt wurden. Bei Tätigkeit von Zahlungen werden die Befreier und Betreiber Wechsel auf die RBB ziehen, die von dieser akzeptiert und von der Verkehrs-Kredit-Bank sofort abgewickelt werden, so daß dem Unternehmer der Betrieb bald der Rechnungsbeitrag ausgezahlt wird. Der Betriebsleiter muß sich verpflichten, auf Anfordern der RBB, diese ausgestellten Wechsel zu prorlongieren, bis die Steuern guthaben stiftig gemacht werden können.

Über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn bis zum Betrag von 180 Millionen RM ist die Zufriedenheit bereits unterrichtet. Der darüber hinausgehende Betrag ist in erster Linie zum Einbau der aus früheren und noch laufenden Bestellungen herrenbrechenden Überwesen und sonstigen Stoffen bestimmt; auch sollen neben eingeschlossenen Beschaffungen weitere Aufwendungen für die bringend notwendigen kleineren Arbeiten der Unterhaltung und Erneuerung der baulichen und maschinellen Anlagen sowie gewisse Ausführungen der Neubaurechnung damit gedeckt werden.

Mit den Einzelheiten wird sich der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft gelegentlich seiner Novemberverlagerung zu beschäftigen haben.

Branntweinverbot am Wahltag

Wie bei den früheren Wahlen, so wird auch bei der Wahl zum Reichstag am 6. November wieder der Zuschnitt von Branntwein und der Kleinhandel mit Branntwein verboten. Der preußische Innensenator hat bereits eine entsprechende Verordnung veröffentlicht, durch die der Bierkhan von Branntwein und der Kleinhandel mit Branntwein am Sonnabend, den 5., und am Sonntag, den 6. November 1932, bis zur Polizeifurde verboten wird. Zwei widerhandlungen werden mit Haft und mit Geldstrafe bis zu 150 RM oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Zuchthaus für Cechini

Der Gattenmörder bereits ins Zuchthaus übergeführt.

— Locarno, 20. Oktober.

In dem Gattenmordprozeß Cechini-Koppel hat das Schwurgericht in Locarno den italienischen Staatsangehörigen Cechini wegen Ermordung seiner Gattin, einer Tochter des Berliner Syndikus Koppel, zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Cechini ist bereits in das Zuchthaus in Lugano übergeführt worden.

Das Gericht hat das Vorliegen eines vorbedachten Mordes verneint. Als Strafmildernd kam in Betracht, daß Cechini nicht vorbestraft und daß er geständig war. Im Unbericht des leidenschaftlichen Charakters Cechini hat das Gericht eine Veränderung seiner Verantwortlichkeit anerkannt. In der Begründung des Urteils wird weiter erläutert, daß Cechini seine Tätschen als Ehefrau nicht verletzt habe, auch werden die ihr zugefügten Misshandlungen und Prügeleien angegeben. Die Hörer zeigten die Strafe sowie die Begründung des Urteils mit Beifriedigung auf. Die Verwandten Cechinis waren sehr enttäuscht, sie hatten gehofft, das Urteil würde so milde ausfallen, daß Cechini gleich entlassen werden könnte. Cechini selbst zeigte sich bei der Verlehung des Urteils ziemlich gleichgültig.

kleine Wolf wird leben! Das heißt, Doktor, wir werden unseren Margraf als Sprecher behalten. Unseren Sprecher! Er fehlt mir an allen Ecken und Kanten! Wir hätten ihn vor einem Jahre überhaupt gedacht, daß es so was überhaupt gibt! Einigen Menschen, der den Mund aufstut, und alles läuft ihm begeister! Was ist nur mit diesem Menschen? Er ist 's einfach! Er tut gar nichts und ist nicht die Spur eitel, er legt sich nicht in Szene . . . er ist nur der einfache Mensch Rainer Markgraf . . . und doch die gewöhnliche Wirkung!“

Begnadung, Herr Intendant! Er ist nichts als ein Mensch, aber das ist er eben bis ins Leicht, und das ist ja, was ihn so verehrungswürdig macht. Was sind wir denn? Zusammengefaßt aus laufenden Hemmungen, die wir haben müssen, um unseren Bogen gerade zu gehen! Markgraf hat die Hemmungen nicht, weil er sie nicht braucht. Er ist ja frei, ich keinen Menschen kenne oder gefaßt habe. Das ist das Große und Gemäldige an ihm. Aber nun zu etwas anderem: Morgen kommt Rainer Markgraf mit den Seinen zu mir in mein Haus. Herr Intendant, wollen Sie nicht an diesem Glücksstag mit anwenden sein?“

„Sie laden mich ein?“

„Dawohl! Zu einer ganz kleinen, aber netten Feier! Er steht kein großes Drum und Dran, und ich im Grunde genommen ja auch nicht.“

„Ich komme, Doktor! Ich freue mich ja auch so auf die Karten! Doktor, aber da müssen wir auch ein Gläschen auf unsere Freundschaft trinken.“

Sehr herzlich entgegnet Seeliger: „Das hat unsere Freundschaft nicht nötig, Herr Intendant! Die ist auch so was habt.“

„Ja, die habt! Und wenn Rainer Markgraf wieder mit uns Schulter an Schulter steht, ich denke, dann werden wir den Rundfunk zu dem Instrument machen, das ein Geschenk für den Deutschen ist. Das will ich nach wie vor!“

„Liebe . . . liebe . . . Frau Markgraf!“ sagte Ade Börne lächelnd, als Ingrid aus dem Wagen half.

Ingrid nahm Ade seine lächelnden Hände und drückte sie. Dann hob sie Urteil heraus und legte: „Gib der Tante die Hand! Wollen Sie das Kind führen?“

„Oh, wie gern, gnädige Frau!“ Ade nahm das Kind hoch und trug es ins Haus. Sie sah, wie Rainer mit dem kleinen Wolf erliefen, den er ganz vorlängig trug.

„Tante, ich bin aber so schwer!“ sagte die kleine Urteil.

„Ich kann dich schon tragen, mein Kleines!“

(Schluß folgt.)

Spangenberg, den 20. Oktober 1932.

Gute Hühnerjagd

Seit den Jahren nach dem Kriege ist die Zahl der Hühner wieder aufgewichen, und wenn dann und wann vielleicht wieder ein paar Stellen in einem Revier mehr aufzutreten scheinen, als der Jagd er gewohnt war, so nahm er an, daß es sich um eine Art Nachbarreueren zugewandert. Da der Überflug der Jagd der Bestand unserer Feldhühner in der Abwesenheit der Jagd sehr bestanden sei und daß die großen Hühnerjagden, die vor dem Kriege erlebt hatten, endgültig der Vergangenheit angehören, ließ sich niemand beirren. Die Jagd war nur, wodurch dieser Rüttgang bewirkt worden sei, gesperrt, dann der Antensiedlung die Schuld in die Verantwortung der Überwachung der Heide und Oددlandereien, den Telegraphenleitungen und der Überlandzentrale, vor allem durch die Mämmelchen. Nur ist es unzweifelhaft, daß die Jagd der Mämmelchen manche Henne töten und daß die Weise manches Gelege nicht zur Entwicklung kommt. Auch die Kultivierung des Oددlandes mag manches auf dem Gemessen haben; der Grund für das Verbot der Rebhühner lag aber ganz anders.

Heute kann festgestellt werden, daß die Lösung des Rüttgangs einwandfrei gefunden ist. Sie liegt einzig und allein bei der Jagd. Nur die regennassen Jahre sind schuld daran, daß der Hühnerbestand so weit zurückgegangen ist. Der warme Sommer dieses Jahres, der für die Brutzeit des Feldhühnchens außerordentlich günstig war, hat den Jägern die Jagd bestreit, wie er selbst in den besten Jahren vor dem Kriege nicht alltäglich war. Dabei soll allerhand gesagt werden, daß nicht überall dasselbe der Fall ist. Die Entwicklung der Gelege und Jungtiere so nachdrücklich, daß nur wenige und zahlenmäßig schwache Ketten gebildet. Heuer waren die Ketten wieder so stark wie früher. 15 bis 20 Hühner waren keine Seltenheit und viel sind alle Junghühner ausgewachsen. Häufig steht man bei der Nachzucht nach Versprengten auf eine oder gar auf andere Ketten.

Damit ist endgültig bewiesen, daß unser Rebhuhn nicht ausgestorben ist, sondern daß einzig und allein die nasse Witterung dafür war, an dem schlechten Ergebnis der Hühnerjagden jüngerer Jahre.

— Silberhochzeit. Am heutigen Tage feiern Herr und Fräulein Fritz Kettler u. Frau ihre Silberhochzeit. Wir schenken die Hand zur Gratulation.

× Geburtstag. Am Freitag dieser Woche vollendet Frau B. Christian Popatz hierbei ihr 85. Lebensjahr. Vor diesem hohen Alters verfügt das Geburtstagkind noch über viel Frische. Wir wünschen ihr noch einen recht fröhlichen und gesegneten Lebensabend.

× Spangenberg Kirmes. Der Spangenberg Kirmes war der Wettergott eigentlich nicht hold. Zum Glück hat es wenigstens in den Nachmittagsstunden aufgehört zu regnen. Durch die Werbemagnanimes des Gewerbevereins wies die diesjährige Kirmes einen Massenbesuch auf. Wie wir hören sind auch die Spangenberg Gesellschaften zufriedengestellt worden. Auf dem Marktplatz waren zahlreiche Buden Ausstellung gefunden. Der Kirmes, der diesmal sehr originell ausgestaltet war, führte die vom Spangenberg Gewerbeverein angekündigte Übertragungen mit und zwar 1 Hammel und 3 Käuse. Nach Beendigung des Kirmesumzuges wurden die Preise von den Gewinnern abgeholt. Die nicht abgeholt Gewinne wurden gegen 17 Uhr versteigert. Die Spannung war wohl für Überallzuhörer gespannt wurden, war sehr groß und man hatte schon vorher auf den unmöglichsten Sachen gerechnet. So kam man in einer Familie auf die Idee, es könne, um die Anerkennung interessanter zu gestalten, vielleicht ein alter Ziegenbock dabei sein. „Den würde ich auch nehmen“, antwortete die Mutter. „Aber Mutter“ fiel die 17jährige Tochter ein, „da trinke doch keine Ziegenmilch, was sollen wir denn mit dem Ziegenbock machen?“ Dieser Vorfall, der auf Lachsalz beruht, läßt erkennen, daß die Werbemagnanimes des Gewerbevereins recht großen Anfang gegeben hat. — In den Gastwirtschaften herrschte reger Betrieb. Auf den Tanzstufen wurde bis in den frühen Morgen und am Tagabend geschwungen. Die Spangenberg Kirmes ist in schönster Harmonie von den Spangenbergern bewohnt und ihren Gästen gefeiert worden.

— Bombe auf Kassel. Die Spapressstelle der NSAP, Hessen Nassau Nord tritt mit: Das Nationalsozialistische Fliegerkorps im Gau Hessen Nassau Nord veranstaltet am 23. Oktober in Kassel den ersten nationalsozialistischen Flugtag des Gau Hessen Nassau Nord.

Friedrich, Ludwig Jahn zum Gedächtnis.

Am 15. Oktober 1932 waren 80 Jahre verflossen, daß einer der größten Deutschen die Augen schloß, Friedrich Ludwig Jahn.

Seinem Kopf, es lebt eine ewige Sehnsucht, ein gewaltiger Drang, eine glühende Leidenschaft in ihm“.

Dass der Lebensweg dieses Menschen deutlich mit Dornen bewachsen war und oft in die Tiere führte, ist nicht verwunderlich. „Gut bürgerlich“ betrachtet müssen wir es sogar als gründlich verpflichtet bezeichnen. Mit der unkrautigen Schulzeit in Saarweld, die mit der Verwüstung des „unvererblichen Sohnes“ der Schulordnung ein unbeschreibliches Ende nahm, begann es und führte über das Gymnasium zum grauen Kloster in Berlin, das er bei Nacht und Nebel fluchtartig verließ fast zu den kleinen Universitäten Deutschlands. Die Wissenschaft scheint ihm nicht sehr am Herzen gelegen zu haben; denn ein Examen hat er niemals gemacht. Dafür wissen wir aber, daß mehr von seinen ersten Händeln und Rauferien, in die er fast täglich verwickelt war und bei denen Hörpeitsche und Knotenstock recht oft ein zart zu derbes Werkzeug gehabt haben. „Wo immer der berüchtigte Student Jahr mit seinem gewaltigen, hochgeradem Körperbau, mit dem Knotenstock in den derben Fäusten, mit dem verleideten Neuzieren in seiner Kleidung austrat, gabs Leben“, schreibt ein Zeitgenosse. Es kann uns daher nicht verwundern wenn Jahr als 29jähriger seiner Braut reumüdig gesteht „noch immer vor einem Nichts“ zu stehen, oder daß der 32jährige durch die Eignungsprüfung, die er zwecks Erlangung einer ihm vom Ministerium angetragten Überlebensrechte ablegen sollte, „mit Glanz“ durchfiel, ja, derart verstand, daß der Minister, sein persönlicher Förderer, das ihm gegebene Versprechen zurückzog.

Mit 35 Jahren kommt er endlich zu seinem ersten Stiefvater, er wird Aufseher über ein Mandel Kostgänger der Plaumannischen Erziehungsanstalt.

Jetzt bricht die große und entscheidende Stunde für Jahr an; die kommt das Glück seines Lebens über ihn: Er bekommt die wesentliche Bedeutung der Leibesübung für die Gesamterziehung, er fühlt die lebendige Verbundenheit dessen, was er lernen nennt, mit dem deutschen Volks- und mit der deutschen Erde.

Da geschah das Wunder der Hasenheide. Die Schar junger Menschen, die er dort um sich sammelte, von denen jeder durch Turnen, Spielen und Wandern stark und mutig, selbstbewußt und frei geworden war, wuchs zur Gemeinschaft zusammen, in der einer dem andern und alle sich der Gemeinschaft und ihrer Idee fügten.

Die körige Eiche inmitten der Hasenheide, unter der sich allabendlich eine glückliche Schar zum feierlichen Thing vereinigte, hat sich im Laufe eines Jahrhunderts zu einem mächtigen Eichwald entwickelt.

Und wenn es in seinen Wipfeln rauscht und weitet, so ist es gewiß der trugige Geist des Alten im Barte, der uns mit lauter Stimme mahnt:

„Seid alzezt frisch frisch, froh und frei!“

Jahr starb am 15. Oktober 1852 zu Freiburg in Sachsen, ein aus der Heimat Verbannter.

Ruh

Gleichzeitig veranstalteten die nationalsozialistischen Kraftfahrer des Gaus Hessen Nassau Nord ihr erstes Gau-Treffen. Am 22. Oktober führte das NSKK eine Zielfahrt „Ab nach Kassel“ durch. Abends sprach im Rahmen eines großen Werbeabends des NSKK in sämtlichen Sälen der Stadthalle ein namhafter Redner der Bewegung. Am Sonntag morgen wird auf dem Waldauer Flugplatz ein Geschicklichkeitswettbewerb der Kraftfahrer durchgeführt. Nachmittags um 2 Uhr beginnt dann die große nationalsozialistische Flugveranstaltung. Es werden insgesamt 15 einheimische und auswärtige Flugzeuge starten. Vorgesehen sind Geläufwurfsflüge, Flugzeugschleppflüge, Ballonabschießen, Fallschirmspringen, Nachrichtenstaffette und ein Kunstfliegen, an dem sich die bekannten Kunstflieger Siegfried Wünch, Trapp, Kassel und wahrscheinlich auch Gerhard Fießeler beteiligen werden. Als besondere Veranstaltung ist die Programmnummer „Bomben auf Kassel“ vorgesehen. Auf dem Flugplatz soll der Kassler Altmarkt in natürlicher Größe dargestellt und dann durch Flugzeuge mit Bombenabwürfen zerstört werden. Als Sanitätsmannschaften und die Sanitätskolonne vom Roten Kreuz werden im Rahmen dieser Veranstaltung eine große Fliegeralarm-, Abwehr- und Gas-Schauübung durchgeführt.

Grasnugung eines Weges im Hellerbach.

Die Grasnugung des durchgehenden Querweges im Hellerbach (bissheriger Pächter Johs. Schau-Ebersdorf) soll mit sofortiger Wirkung bis 30. 9. 1935 verpachtet werden. Interessenten wollen sich auf dem Bürgermeisteramt melden.

Spangenberg, den 17. Oktober 1932.

Der Magistrat, Stein.

Sanella
MARGARINE
1/2 Pfd.
328

Deutschlands meistgekauftes Margarine

Und jetzt — zu jedem 1/2 Pfd. Sanella Margarine ein schönes Sportbild. Zum Einkleben aber das „Handbuch des Sports“! Sie bekommen es für 70 Pfennig in den durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften oder von „Sanella“, Postfach 125, Berlin C 2, gegen Einsendung von 70 Pfennig in Briefmarken.



